



Hauptsach
Kon Hund
ooo



JS 13

DU, der Johannes
Kaiser hat sich
auch verändert!

Hauptsach
Wiedergewählt

Die geknackte Sperre wird absurd

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Die Sperrklausel, oder anders formuliert die 8-Prozent-Hürde, die Parteien überwinden müssen, um in den Landtag zu ziehen, führt demokratiepolitisch ein Schattendasein. Alle vier Jahre wird sie für kurze Zeit vor den Wahlen zum Thema und dann ganz schnell wieder vergessen. Dies obwohl ihre Konsequenzen weitreichend sind.

Bei den letzten Wahlen wurde in den Medien spekuliert, dass die Freie Liste und «DU» sich gegenseitig kannibalisieren und so nach dem Wahltag für vier Jahre in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden könnten. Die Sperrklausel an sich wurde nicht kritisch hinterfragt. Dabei wirkt sie sich in etwa so aus, wie wenn in einem Hürdenlauf gedopte gegen nicht-gedopte SportlerInnen antreten und die Latte so hoch angesetzt wird, dass fraglich ist, ob es die kleineren überhaupt drüber schaffen.

Bei den letzten Wahlen hatten alle genug Kraft. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde die Hürde von vier Parteien, sogar von Vertretern mit Stöggeli-Schuhen, überwunden.

Damit ist erwiesen, dass die Sperrklausel ihren Zweck, «eine Parteienvielfalt» zu verhindern, nicht mehr erfüllt. Die Sperre hat sich bei den letzten Wahlen selbst ad absurdum geführt. Schädlich wirkt sie sich aber weiterhin aus. Sie nimmt der Politik die Berechenbarkeit. Ob wieder alle vier Parteien, vielleicht sogar eine fünfte, den Einzug in den Landtag schaffen werden, ist ungewiss. Die Parteien werden wieder mit unterschiedlich grossen Medienapparaten ihr Glück versuchen, die Hürde bleibt bedrohlich hoch.

Für kleine Parteien hat dies zur Folge, dass sie nicht länger als vier Jahre hinaus planen können. Sie werden dadurch auch

nicht als stabile Partner im Landtag und für die Regierung wahrgenommen. Anstatt wie beabsichtigt Stabilität zu fördern, fördert die Sperrklausel Unsicherheit im politischen System.

Die Senkung der Sperrklausel auf beispielsweise 4 bis 5 Prozent würde den kleineren Parteien eine längerfristige Perspektive eröffnen. Der Blick auf Europa zeigt, dass sich tiefe Sperrklauseln bewähren, weil sie Stabilität und Vielfalt ermöglichen. Eine Senkung dämpft zudem den Populismus ein. In Deutschland stellen PolitologInnen fest, dass die Parteien nach der Senkung der Sperrklausel sachlicher geworden sind. Sie kämpfen weniger mit populistischen Phrasen um ihr Überleben.

Tiefe Sperrklauseln fördern Stabilität

Mit der heutigen demokratiepolitischen Erfahrung wird eine Sperrklausel über 4 Prozent europaweit als eine unfair hoch angesetzte Latte wahrgenommen. So hat das Bundesverfassungsgericht an Europawahlen im Jahr 2009 entschieden, dass die dort geltende Fünf-Prozent-Sperrklausel gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien verstösst. Das Gericht hat daher die der Sperrklausel zugrunde liegende Vorschrift für nichtig erklärt. Sie sei ein «schwerwiegender Eingriff in die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit». Der Blick auf Europa zeigt auch, dass die Sperrklausel in Liechtenstein im Vergleich zu anderen Staaten ausserordentlich hoch ist. Die umliegenden Länder Österreich und Italien kennen eine Sperrklausel in der Höhe von 4 Prozent, in Deutschland liegt die Klausel bei 5 Prozent. Die Schweiz, die weltweit als demokratisches Musterland gerühmt wird, kommt ganz ohne Sperrklausel aus.

Christen knacken die Sperre nicht

An der Liechtensteiner Sperrklausel ist schon viel politisches Potential verpufft, was auch immer wieder zu Unmut geführt hat. Im Jahr 1939 wurde die Hürde wegen der Angst vor nationalsozialistischen Strömungen im Land für einige Jahrzehnte bei 18 Prozent angesetzt. Es gab in dieser Zeit Gruppierungen, keine radikalen, sondern unter anderem christliche, die an Wahlen 6 oder gar 12 Prozent erreichten und dennoch im Landtag keine Sitze errangen. Auch die Freie Liste konnte anfangs die Sperre nicht knacken. Im Jahr 1992 führte der Unmut zu einer Volksinitiative zur Abschaffung der Sperrklausel.

Ein Parlament hat die Funktion, die WählerInnen zu repräsentieren und für sie zu sprechen. Die Zusammensetzung sollte dem Wähleranteil entsprechen, denn schliesslich hat das Parlament auch den Auftrag, die Regierung und die Verwaltung zu kontrollieren. In der jetzigen Zusammensetzung kann der Liechtensteiner Landtag diese Funktionen wahrnehmen, weil er einen besseren Querschnitt der Bevölkerung als früher darstellt: Es gibt immer noch zu wenige Frauen, dafür Handwerker, Langhaarige, Angepasste, Juristinnen und Velofahrer. Dieses bestehende Parlament ist von den WählerInnen legitimiert. Anders, wenn eine oder vielleicht sogar mehrere Parteien den 8-Prozent-Wähleranteil knapp verfehlt hätten. Die Legitimation der Siegerparteien wäre damit fragwürdig und würde als Elitekonsens verstanden.

Demokratische Länder brauchen ein faires Wahlsystem, davon profitieren alle Parteien. Zudem braucht eine pluralistische werdende Gesellschaft wie Liechtenstein eine Vielfalt auf politischer Ebene. ■